D-2 Einigung beim Klimaschutzgesetz: Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung entlassen!

Antragsteller*in: Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

Mit der im Bundestag beschlossenen Einigung zum Solarpaket wurden die Voraussetzungen für den Ausbau von PV-Anlagen deutlich verbessert. Für Mieter ist es jetzt einfacher geworden, den Strom, der auf dem Haus, das sie bewohnen, gewonnen wurde, auch billig zu verbrauchen. Die Ziele für den Ausbau von Agrar-PV wurden erhöht und bekommen zusätzliche Förderung. Die Installation von Balkon-Solaranlagen wurde vereinfacht. Das ist gut so.

Die gleichzeitig gefundene Einigung zum Klimaschutzgesetz hingegen ist eine Verschlechterung gegenüber dem Status Quo. In Zukunft besteht nur dann eine Verpflichtung zum Eingreifen, wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge gerissen werden. Das ist frühestens 2026 der Fall. **Die aktuelle Bundesregierung ist somit auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein für alle mal aus der Verantwortung entlassen.** Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne Sektoren in Zukunft grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet nachzusteuern, auch wenn sie als Ursache des Problems identifiziert wurden. All das wurde am gleichen Tag verkündet, als der Verkehrsminister vom Expertenrat für Klimafragen eine erneute massive Zielverfehlung bescheinigt bekommen hat. Der Verkehrssektor ist auch der Grund, warum Deutschland die Ziele der europäischen Lastenteilungsverordnung aller Voraussicht nach nicht einhalten wird. Tritt das ein, werden Zahlungen in Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten fällig, die ihre Klimapolitik im Griff haben.

In der Diskussion um das Klimaschutzgesetz hat sich die SPD auf passive Anwesenheit beschränkt. Eine SPD-Ministerin hatte die Sektorziele in der letzten Koalition durchgesetzt, der Bundeskanzler hat aber nichts getan, um diesen Erfolg zu verteidigen. Die FDP hingegen hat sich zum Ziel gemacht, dem Kampf um die Beschränkung der Klimakrise aktiv im Weg zu stehen, und das nicht zum ersten Mal. Die FDP hat das Solarpaket als Geisel genommen; einerseits um sinnvolle Maßnahmen wie den Resilienzbonus aus dem Solarpaket zu streichen, andererseits um sich ihrer Verantwortung für Klimaschutz im Verkehr zu entledigen, indem sie das Klimaschutzgesetz entkernen. Das Klimaschutzgesetz war zuletzt auf Anlass eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts geändert worden, weil durch mangelnden Klimaschutz in der Gegenwart die Gefahr von drastischen Freiheitseinschränkungen in der Zukunft führt. Die FDP tut alles in ihrer Macht stehende, um diese Freiheitsbeschränkungen in der Zukunft, zu Lasten der kommenden Generationen Realität werden zu lassen.

Der Verkehrssektor muss endlich einen Teil zum Klimaschutz beitragen und als Mitglied der Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Grüne das einzufordern. Zuletzt war die Bundesregierung, und insbesondere der Verkehrsminister, dazu verurteilt worden, ein ausreichendes Sofortprogramm im Verkehr vorzulegen. Durch die Änderung des Klimaschutzgesetzes wird diesem Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die FDP mag das ein Erfolg sein, für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag. Das Umweltbundesamt macht seit Jahren Vorschläge, wie ein Klimaschutzprogramm im Verkehrssektor, mit dem die Klimaziele des Sektors eingehalten werden können, aussehen kann. Aus unserer Sicht sollte so ein Programm noch in diesem Jahr ein Tempolimit von mindstens 120 km/h auf Autobahnen, den Ausbaustopp des Autobahnnetzes, die notwendigen Investitionen in die Erhaltung der Bahninfrastruktur und das Verbot von Kurzstreckenflügen beinhalten. Auch klimaschädliche Subventionen wie das Dienstwagen- oder Diesel-Privileg könnten in wenigen Monaten abgeschafft werden. Mindestens ein solches Sofortprogramm sollten wir von unserem

Koalitionspartner einfordern, anstatt ihn mit einer Änderung des Klimaschutzgesetzes aus der
Verantwortung zu entlassen.

**Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir schieben keine
Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent so in der Bundesregierung
handhaben. Aus diesem Grund drücken wir unsere Solidarität mit allen Grünen Abgeordneten,
die sich entschieden haben, gegen das Klimaschutzgesetz zu stimmen, aus.**

Begründung

Uns ist klar, dass die Zustimmung zum neuen Klimasschutzgesetz eine Einigung für das Solarpaket ermöglicht hat. Leider müssen wir jedoch nüchtern feststellen, dass diese Erfolge durch andere weitreichende Veränderungen des Klimaschutzgesetzes unterlaufen werden. Das nun geeinte Klimaschutzgesetz stellt im Ergebnis eine Schwächung des rahmengesetzlichen Status quo beim Klimaschutz dar. Uns geht es deswegen darum:

- Gegenüber den Schwächen in der Einigung zum Klimaschutzgesetz ehrlich zu sein

- Den Abgeordneten, die mit dem Klimaschutzgeetz nicht zufrieden sind und sich entschieden haben dagegen zu stimmen, den Rücken zu stärken

- Aufzuzeigen, welche Maßnahmen wir im Verkehr für notwendig halten um echten Klimaschutz zu betreiben

- Auf die Gefahr hinzuweisen, dass auch die reformierte Version des KSG vor dem Verfassungsgericht angegiffen werden könnte. Eine erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen ein Klimaschutzgesetz, das wir mitgetragen haben, wäre gerade mit Blick auf den Bundestagswahlkampf 2025 ein erhebliches strategisches Risiko

Einigung beim Klimaschutzgesetz erst nach Antragsfrist.

Unterstützer*innen

Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Leonie Blankenstein (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Erk Ata Gülbasar (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Anton Zagolla (LV Grüne Jugend Berlin), Lisbeth Emely Ritterhoff (KV Berlin-Neukölln), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Leonie Wingerath (LV

Grüne Jugend Berlin), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Carmen Wabnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg), Markus Schopp (KV Berlin-Mitte), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Clara Kölmel (LV Grüne Jugend Berlin), Benedikt Heyl (LV Grüne Jugend Berlin), Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Elisabeth Giesemann (KV Berlin-Kreisfrei), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Michael Oberst (KV Berlin-Pankow), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Philipp Berens (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg), Hans-Christian Höpcke (KV Berlin-Lichtenberg), Hans Hagedorn (KV Berlin-Kreisfrei), Manuela Gabriel (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Stefan Haubold (KV Berlin-Lichtenberg), Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow), Ulrike Becker (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Rolf Wietzer (KV Berlin-Mitte), Marie Anna Graser (LV Grüne Jugend Berlin), Kornelia Ruppmann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Lars Andersen (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Till Marvin Micke (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Marion Eschler (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Staffan Langner (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Nils Richter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jonathan Flesch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Lena Möller (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Jule Hannah Henninger (LV Grüne Jugend Berlin), Lukas Römer (KV Berlin-Mitte), Oskar Sander (LV Grüne Jugend Berlin), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Florian Schmidt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin), Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Yasmin Vadood (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow), Birger Dölling (KV Berlin-Mitte), Marit Schatzmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Anne Kathrina Gruber (KV Berlin-Mitte), Sibylle C. Centgraf (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Silvia Brecht (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte), Thomas Thiel (KV Berlin-Mitte), Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf), Anja Schillhaneck (KV Berlin-Kreisfrei), Wolfgang Schanderl (KV Berlin-Mitte), Corinna Balkow (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Clara Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Hartwig Berger (KV Berlin-Kreisfrei), Patrick Smieskol (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf), Sophia van Vügt (KV Berlin-Neukölln), Gerhard Roland (KV Berlin-Reinickendorf), Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf), Anne Burckhardt-Schön (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Cornelia Lange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Eva Feuerhahn (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Andreas Rietz (KV Berlin-Reinickendorf), Andreas-Martin Selignow (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Corina Ullmann (KV

Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Ellen von Tayn (KV Berlin-Reinickendorf), Katharina Weske (KV Berlin-Reinickendorf), Julie Richier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei), Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf)